

Warnschuß aus Karlsruhe

Das Gerichtsurteil zu EZB-Anleihekäufen wird die Debatte um Coronabonds beeinflussen

Reiner Osbild

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat etwas getan, was sie nicht hätte tun dürfen: nämlich Staaten mit Hilfe der Notenpresse zu finanzieren. Das hat sie auch noch schlecht dokumentiert. Die Bundesregierung hat die Bundesbank als Teil der EZB mangelhaft kontrolliert und ist ihren demokratischen Grundpflichten nicht nachgekommen. Insofern ist das Urteil aus Karlsruhe ein Donnerschlag für eine Eurozone, die sich rechtlich verselbständigt hat, aber nicht ihr Ende.

Die Bundesregierung hat nicht nur die Machtanmaßung der EZB geschehen lassen; sie hat auch vor den negativen Wirkungen der Gelddruckerei die Augen verschlossen: Inflationsgefahren und Niedrigzinsen. Die Inflation war allerdings nicht bei den Verbraucherpreisen sichtbar; sie spielte sich in den Bereichen Immobilien und Wertpapiere ab. Die Nullzinsen torpedieren die private und betriebliche Altersvorsorge in einer Zeit des demographischen Umbruchs auf schmerzliche Weise.

Was sind nun die Folgen? Nun, da hat das Verfassungsgericht Milde walten lassen und läßt die EZB nachbessern. Diese hat nun drei Monate Zeit, stichhaltige Begründungen für ihr Tun nachzureichen. Ansonsten dürfte es die Bundesbank zukünftig schwer haben, öffentliche Anleihen zu erwerben, insbesondere aus Südeuropa.

Den grundlegenden ordnungspolitischen Sündenfall hat das Bundesverfassungsgericht nicht verboten und konnte es auch nicht. Es kann nur die Vereinbarkeit des Handelns der EZB mit dem deutschen überprüfen. Es ist nicht befugt, eine europäische Institution in die Schranken zu weisen. Es war der Kardinalfehler des Europäischen Gerichtshofs, der Amtsanmaßung der EZB kein Ende zu setzen.

Denn die EZB verstößt mit der Kreditvergabe an Staaten aus der Notenpresse gegen die konstituierenden Verträge von Maastricht und Lissabon. Sie handelt im Widerspruch zu ihrem Statut und Auftrag, indem sie jahrelang die finanzschwachen Staaten Südeuropas finanziert hat. Sie hat in großem Umfang öffentliche Anleihen gekauft und damit diesen Staaten Kredite gewährt, die sie auf dem freien Kapitalmarkt weder in dieser Höhe noch zu diesen Konditionen bekommen hätten. Denn Renten- und Lebensversicherungen, Investmentfonds und auch die oft verschrienen Hedgefonds hätten Italien, Frankreich, Spanien & Co. nach ihrem Risikoprofil bewertet. Da diese Länder, gemessen an ihrer Wirtschaftskraft, zu viel Kredithunger hatten, wie auch Griechenland, hätten sie ihre Anleihen nur zu hohen Zinsen unterbringen können.

Mit anderen Worten: Die Staatsverschuldung wäre sehr teuer, wenn nicht gar untragbar geworden.

Mit der EZB-Finanzierung frisch aus der Druckerpresse wurden die Risiken auf die EZB und die nationalen Notenbanken abgewälzt. Am Ende hat der deutsche Steuerzahler den Schaden, denn zu 26 Prozent gehört die EZB der Bundesrepublik Deutschland – eine weithin unbekannte Tatsache.

Aber galt es nicht, die Eurozone und den Euro zu retten? Galt nicht das geflügelte Wort von Ex-EZB-Chef Mario Draghi, den Euro zu retten, „whatever it takes“: koste es was es wolle? Und wird nun der Euro zusammenbrechen?

Wohl kaum, denn Karlsruhe hat zwar den Zentralbankern ein Stöckchen zwischen die Beine geworfen, sie werden straucheln, aber nicht fallen. Sie werden genau diese Begründung wortreich hervorheben: daß die Staatsfinanzierung aus der Druckerpresse die einzige Möglichkeit darstelle, den Euro zu „retten“. Daß dabei ein Gebilde „gerettet“ wird, das aus völlig unterschiedlichen Volkswirtschaften, aus ganz verschiedenen Staaten mit ganz verschiedenen Mentalitäten besteht; daß ein Gebilde gerettet wird, das den wissenschaftlichen Vorstellungen eines „optimalen Währungsraums“ mitnichten entspricht, das werden die Wortakrobaten der EZB nicht thematisieren. Denn ihr Auftrag ist und bleibt, eine politisch gewollte Union am Leben zu erhalten, nicht das Konstrukt selbst zu hinterfragen oder gar Reformen anzustoßen.

Die EZB wird auch darlegen, daß die Inflation von circa zwei Prozent nötig sei, um die Wirtschaft im Süden Europas am Leben zu erhalten und eine gefürchtete Deflation zu vermeiden; sie wird argumentieren, daß sie die realen, also inflationsbereinigten Zinsen niedrig halten muß, um die Investitionen nicht zu beeinträchtigen. Sie wird aber niemals zugeben, daß eine einheitliche Geldpolitik von Irland bis Zypern, von Litauen bis Portugal einfach nicht machbar ist; sie wird sich hüten, zuzugeben, daß eigene Wechselkurse, mithin ein Ausscheiden aus der Währungsunion, für einige Volkswirtschaften günstig wären, und langfristig sogar für deren Staatshaushalte.

Das Urteil ist besonders pikant vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Krise. Coronabonds existieren zwar noch keine, aber auch die hemmungslose Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte muß in Zukunft detailliert nachvollziehbar sein. Viele Staaten, wahrscheinlich auch Deutschland, werden nämlich in nächster Zeit auf Notenbankkredite zurückgreifen müssen, um ihre umfangreichen Hilfen zu finanzieren.

Doch ein einfacher Hinweis auf „Corona“ dürfte nach diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr ausreichen, um alles und jeden „zu retten“. Und die EZB dürfte bei Anleihekäufen der verschuldeten Staaten, insbesondere Südeuropas, vorsichtiger werden, sollten in Deutschland die Daumen nach unten gehen. Das wiederum könnte zwar positiv auf die Haushaltsdisziplin wirken, kann

jedoch kurzfristig die Wachstumskrise verschärfen und zu Arbeitslosigkeit führen. Der Fehler indes wurde schon vorher gemacht, mit der Konstruktion der Währungsunion.

Prof. Dr. Reiner Osbild ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Emden/Leer.

Die blockierte Trauer

75 Jahre Kriegsende: Der Umgang mit unserer Vergangenheit bleibt neurotisch
Thorsten Hinz

Genau 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges stellt das Dritte Reich die absolute Referenzgröße für das politische, kulturelle und das Geistesleben der Bundesrepublik dar. Aus Anlaß der zentralen Ausstellung zum 8. Mai in Berlin – die nur virtuell stattfindet – wurden in der Stadt Plakate angebracht, die Fotos der zertrümmerten Reichshauptstadt zeigen. Darüber ist in großen Lettern zu lesen: „Am Anfang war die Wahl“, „Eine Wahl und ihr Ergebnis“, „Willst du, was du wählst?“

Damit auch der Letzte versteht, worauf der ahistorische Unfug abzielt, erscheint die Schrift in Blau, der Farbe der AfD. Dem Abweichler von der politischen Generallinie eine NS-Kontaminierung zu unterstellen, statt auf seine Argumente einzugehen, ist Normalität im Land. Entsprechend blüht die Denunziationslust. Die öffentliche Rede durchzieht ein scheinheiliges Mantra, das da lautet: Wehret den Anfängen! Nie wieder! Der Schoß ist fruchtbar noch!

In den Kontext gehört auch die Beflissenheit des Bundespräsidenten, der bei seinen Auftritten in Yad Vashem und Auschwitz bei einem internationalen Publikum Eindruck zu schinden versuchte mit der Kunde, in Deutschland zeige „das Böse“ des Nazismus „sich heute in neuem Gewand“, nämlich im antisemitischen, völkischen und autoritären Denken.

Er schrieb damit der NS-Ideologie nicht nur eine gleichsam metaphysische Macht zu, der die Deutschen potentiell erneut zu verfallen drohten, er verriet auch eine Wahrnehmungsstörung. Denn die aktuelle Judenfeindschaft in Deutschland entspringt ganz anderen Quellen als dem imaginierten braunen Sumpf.

Es ist paradox: Einerseits sind Politik, Verbände, Kirchen und Medien sich einig darin, daß der 8. Mai ein „Tag der Befreiung“ war; viele wollen ihn sogar als staatlichen Feiertag inthronisieren. Andererseits wollen sie partout nicht dulden, daß Deutschland sich aus Hitlers Schatten befreit und das NS-Regime endlich Vergangenheit sein läßt. Jetzt, da die letzte Erlebnisgeneration abtritt, besteht eines der wichtigsten Probleme angeblich darin, Strategien und Mittel zu kreieren, um die Erinnerung an die Zeit von 1933 bis 1945 „wachzuhalten“, also Geschehnisse aus der Vergangenheit künstlich zu vergegenwärtigen, damit sie sich wie etwas Selbsterlebtes in die Psyche einsenken und das Ich emotional und geistig weiter prägen.

Es handelt sich um eine selektive Erinnerung, die ihren Trägern die Überzeugung einpflanzt, Erben eines Täter- und Verbrecherkollektivs zu sein. Der Widerspruch zwischen dem Postulat der Befreiung und dem gleichzeitigen Unwillen der Befreiten, sich von ihrer NS-Fixierung freizumachen, hängt zusammen mit dem Konflikt zwischen dem herrschenden politisch-normativen Geschichtsbild und dem kommunikativen Gedächtnis, also der Geschichtserfahrung im Rahmen individueller Biographien, die meistens mündlich und über drei bis vier Generationen weitergegeben wird.

Zur privaten Erfahrung gehören auch die Verletzungen durch Bombenkrieg, Vertreibung, Vergewaltigung, Ausraubung und Entrechtung. Nach wie vor ist es kaum möglich, sie im öffentlichen Raum zur Sprache zu bringen und über eine kollektive Trauer endlich zur Katharsis zu gelangen. Der Konflikt um die blockierte Trauer wird nicht nur zwischen politischen Lagern ausgetragen; vor allem spielt er sich in den Einzelnen ab, die die geschichtspolitische Norm als Über-Ich verinnerlicht haben.

Dieses Über-Ich verhindert die Realisierung und Bearbeitung der Kriegs-traumata, die deshalb transgenerationell weitergegeben werden und zu Verhärtung und Autoaggression führen. Wenn das antifaschistische Fußvolk „Deutsche Täter sind keine Opfer“ ruft und auf der akademischen Etage über „Selbstviktimisierung“ – die angemäße Opferrolle – räsoniert wird, ist das weniger auf fehlende Moralität oder Unwissen, sondern auf eine Kollektivneurose zurückzuführen.

Die Bundesrepublik benimmt sich wie ein unter Bewährung gestellter Delinquent, der lebenslang seine Resozialisierung nachzuweisen sucht, obwohl das Aufsichtspersonal längst den Dienst quittiert hat. Nach sechs Jahren Krieg waren die Deutschen eine physisch und psychisch zermürbte, unter Vormundschaft gestellte Population.

Sie befanden sich in West wie Ost in einer Extremsituation, in der es um das nackte Überleben ging und sich der Überlebenstrieb einschaltete, der die vegetativen Abwehrkräfte aktiviert. Unter solchen Umständen sind Menschen zur äußersten Anpassung an die Verhältnisse bis zur völligen Unterwerfung bereit und schalten ihre geistigen und moralischen Kräfte, die sich ihrer Regression entgegenstellen, ab.

So konnte auch die Fremdzuschreibung des metaphysischen Weltbösewichts in das Selbstverständnis eindringen. Aus Angst vor neuer kollektiver Bestrafung gehen die

Angehörigen eines besiegten Kollektivs sogar dazu über, sich gegenseitig zu kontrollieren, ob sie die an sie gestellten Vorgaben erfüllen. So werden Denunziationseifer und Unterwürfigkeit zu staatlichen Tugenden.

Laut Umfrage stimmt eine Mehrheit der Deutschen zwar der Auffassung zu, daß endlich ein Schlußstrich unter die manische Beschäftigung mit der NS-Zeit gezogen werden müsse, doch beim Ertönen des antifaschistischen Mantras schwenken sie sofort auf die vorgegebene Generallinie ein. Um die Unfreiheit aufzuheben, die im Namen der Befreiung herrscht, genügt keine historische Aufklärung mehr, dazu braucht es den Psychiater.

Linke Schläger überfallen ZDF-Team am 1. Mai

Auffallend zurückgehalten

Hans-Hermann Gockel

Mal angenommen, hinter dem Überfall auf das Kamerateam der ZDF-„heute-show“ am 1. Mai in Berlin stünden nicht Gesinnungsgenossen der Antifa, sondern rechte Schläger. Man kann sich vorstellen, wie die links-grünen Stimmungsmacher des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diesen Vorfall über Wochen hinweg genüßlich ausgeschlachtet hätten. Das mediale Trommelfeuer nach der angeblichen, tatsächlich nie stattgefundenen „Hetzjagd“ von Chemnitz dürfte noch gut in Erinnerung sein. Nun hielten sich die Meinungsmonopolisten von Kleber bis Slomka auffallend zurück – linke Schlägertrupps taugen halt nicht für das übliche Halali gegen alles, was rechts von der Mitte ist.

Nach der Attacke auf das ZDF-Team twitterte SPD-Außenminister Heiko Maas: „Wir stehen an Eurer Seite!“ Katrin Göring-Eckardt von den Grünen sprach von einem „Angriff auf unsere Demokratie“. Bundesinnenminister Horst Seehofer sah – durchaus richtig – „die Grundwerte unseres Gemeinwesens bedroht“. Der Demokratie und unseren Grundwerten wäre es allerdings dienlich, wenn sich diese Politiker genauso deutlich vor konservative und patriotische Journalisten stellen würden, die seit Jahren – nicht nur auf den Buchmessen in Frankfurt am Main und in Leipzig – von der Antifa körperlich angegriffen werden.

„Tötet sie, laßt niemanden am Leben“

Im Namen von Edvard Beneš: Im Mai 1945 werden unzählige Deutsche in Prag grausam massakriert

Paul Leonhard

Smrt vsem Nemcum! Smrt vsem okupantum! Tod allen Deutschen! Tod allen Okkupanten! Erschlagt die Deutschen, wo ihr sie trefft! Nehmt keine Rücksicht auf Kinder, Frauen und Greise! Ein jeder Deutsche ist unser Todfeind! Jetzt ist die Zeit, diese Feinde endgültig zu vernichten! Rottet sie mit Stumpf und Stiel aus! – Sprüche mit denen tschechische Aufständische über den von ihnen am 5. Mai 1945 eroberten Radiosender Prag II ununterbrochen zum Massenmord an der deutschen Zivilbevölkerung in Böhmen und Mähren hetzen. Und die Tschechen, von denen bis dahin „nur eine kleine Minderheit“ aktiven Widerstand geleistet hat, so der Historiker Radomir Luža, verwandeln sich in Bestien ohne jegliches Erbarmen.

Während ein deutscher Flieger den Sender am 8. Mai mit einer gut platzierten Bombe zum Schweigen bringt und Einheiten der Waffen-SS nach Prag vorrücken, tobt dort ein Straßenkampf zwischen der deutschen Garnison auf der einen und Roten Garden, Polizeieinheiten und Russen in Wehrmachtsuniformen, die den 30.000 Aufständischen helfen wollen: 25.000 Mann der 1. Division der Wlassow-Armee, die bis heute vielen Pragern als Befreier der Stadt gelten: „Hoch Wlassow, hoch Stalin“, rufen sie, als am 9. Mai tatsächlich die Rote Armee und nicht die ROA-Verräter einrücken.

Am Vortag haben Wehrmacht und Waffen-SS mit dem Tschechischen Nationalkomitee ein Abkommen geschlossen, das den Abzug bei freiem Geleit vorsieht. Auch heißt es in der Kapitulationsurkunde: „Deutsche Frauen und Kinder, soweit sie mit den Einheiten nicht aus Prag abziehen werden, stehen unter dem Schutze des Internationalen Roten Kreuzes, das sie betreuen und ihren Abtransport besorgen wird.“

Edvard Beneš mit lebenden Fackeln empfangen

Derweil findet bereits das Morden statt. In den Straßen brennen „menschliche Fackeln“ – Soldaten und Zivilisten, aufgehängt, mit Benzin überschüttet und angezündet. Andere, auch Frauen, selbst Säuglinge, werden öffentlich zu Tode geprügelt, gehängt, ertränkt, erschossen, vergewaltigt, brutal und sadistisch mißhandelt. Erschüttert berichtet Oberstleutnant Harold Perkins, ein tschechischsprachiger Verbindungsoffizier des britischen Geheimdienstes SOE, vom Anblick zweier Frauen, die von der Menge geschlagen wurden, bis sie „von Kopf bis Fuß eine blutige Masse waren“.

Meldungen über die „lebenden Fackeln von Prag“ erreichen den Prager Arzt Hans Wagner schon am 5. Mai: „In erster Linie wurden SS-Leute dem Flammentod überantwortet, da aber von den Kommunisten großzügig jeder Uniformträger als SS-Angehöriger hingestellt wurde, waren unter diesen Feueropfern auch zahlreiche

Soldaten anderer Wehrmachtsteile und Angehörige verschiedener Formationen.“ Ab 7. Mai habe über der Stadt der „Geruch von verbranntem Menschenfleisch“ gelegen.

Später sieht Wagner gegenüber dem Stadttheater an der schmiedeeisernen Firmmentafel des Restaurants „U svatého Havla“ die halbverkohlten Überreste eines deutschen Soldaten mit den Füßen nach oben gebunden hängen. Der rechte Arm fehlte bis zum Schultergelenk, offensichtlich war er amputiert. Von drei nackten, mit Benzin verbrannten Menschen, die an den Füßen aufgehängt an der Reklametafel an der Einmündung zur Wassergasse hingen, berichtet ein deutscher Physiker: „Die Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, die Zähne restlos herausgeschlagen, der Mund nur ein blutiges Loch. Die gekochte Haut klebte uns an den Händen, so mußten wir sie in die Stefangasse tragen und schleifen.“

„To jsoi prece vasi bratri ted' je polibejte“ – „Das sind eure Brüder, so küßt sie!“, hätten die bewaffneten Tschechen gerufen und ihre Gefangenen gezwungen, die entstellten Leichen auf den Mund zu küssen. Die Tat ereignete sich am 10. Mai. Noch heute spüre er die eiskalten Köpfe in seinen Händen, schreibt der Wissenschaftler am 27. Dezember 1946. Auch die Pragerin Hildegard Hutinger schreibt, wie auf dem Wenzelsplatz „vor unseren Augen deutsche Jungen und Mädels an den Füßen an Kandelabern und Bäumen lebendig aufgehängt, mit Petroleum übergossen und angezündet“ wurden.

Eine Bestialität, an der die Prager offenbar Geschmack finden, denn am 13. Mai empfangen sie den Urheber dieser Verbrechen, ihren aus dem Exil zurückgekehrten Präsidenten Edvard Beneš indem sie „deutsche Menschen reihenweise als lebende Fackeln“ anzünden, so Wagner am 27. September 1950 in seinen Erinnerungen.

Kriegsverbrechen wurden 1943 angekündigt

Andere Überlebende berichten, wie auf dem Sparta-Platz etwa 50 deutsche Soldaten von zwei Frauen mit Maschinengewehren niedergeschossen werden. 300 Kriegsgefangene sehen das Verbrechen mit an. Zeuge Alfred Gebauer schreibt, daß im Stadion vor 5.000 Häftlingen mit Maschinenpistolen eine Hasenjagd auf SS-Soldaten veranstaltet und dabei 20 getötet werden: „Einige mußten in die Latrine springen, wo sie erschossen wurden.“

Wie viele der rund 40.000 Prager Deutschen, die im Mai 1945 noch in der „Goldenen Stadt“ leben, sowie der Reichsdeutschen, Flüchtlinge aus Schlesien, der Slowakei, Ostmähren, der in den zahlreichen Lazaretten der Stadt liegenden Verwundeten sowie der Kriegsgefangenen, dem wütenden Mob während des Aufstandes und in den folgenden Tagen zum Opfer fallen, ist unbekannt. Das Bundesarchiv schätzt die Zahl der Gemeuchelten auf bis zu 15.000.

Die Exzesse von Prag gelten als die schlimmsten, die nach der deutschen Kapitulation in Böhmen und Mähren an der deutschen Zivilbevölkerung begangen werden. Dabei

wird überall massakriert. Es sind Kriegsverbrechen mit Ansage: „In unserem Land wird das Ende des Krieges mit Blut geschrieben werden“, betont Beneš bereits am 27. Oktober 1943 in einer Rundfunkrede und General Sergej Ingr, Verteidigungsminister der Londoner Exilregierung, wird ein Jahr später im Rundfunk noch deutlicher: „Wenn unser Tag kommt, wird das ganze Volk wieder den alten Hussitenruf anstimmen: Schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben.“

Die Vertreibung der Deutschen aus ihren traditionellen Siedlungsgebieten in Böhmen, Mähren und der Slowakei, so die Völkerrechtler Felix Ermacora und Dieter Blumenwitz 1992, erfülle alle Kriterien eines Völkermordes. Aus tschechischer Sicht sind die Morde noch heute eine „gerechte Vergeltung“ und die Taten damit nach dem tschechoslowakischen Straffreiheitsgesetz vom 8. Mai 1946 („Indemnitätsgesetz“) „nicht rechtswidrig“.